

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 2 90 38/39  
Telex: 08 88 848 ppbn d



## Inhalt

39. Jahrgang / 35

17. Februar 1984

Anke Fuchs MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, wertet eine Analyse der Sparpolitik Kohls: Die Regierung will eine Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Seite 1

Hans Büchler MdB fragt, ob Minister Windelen nach seiner Washingtoner-Rede noch tragbar ist.

Seite 3

Helmut Rohde MdB fordert, daß dem Bundestag endlich ein fundierter Arbeitsmarktbericht zur Verfügung gestellt wird.

Seite 5

Liesel Hartenstein MdB legt dar, daß ein Tempolimit durchaus gegen ein Fortschreiten des Waldsterbens geeignet ist.

Seite 7

Kölner Wissenschaftler dokumentieren Sozialabbau

-----  
Eine vernichtende Bilanz für die Arbeit der Rechtskoalition

Von Anke Fuchs MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Eine vernichtende Zwischenbilanz der Sozialdemontage und Umverteilungspolitik der Rechtskoalition zog dieser Tage das Kölner Seminar für Sozialpolitik. Die gereizten Reaktionen der Bundesregierung zeigen, daß die Studie des von Professor Dr. Otto Blume geleiteten Seminars ins Schwarze getroffen hat. Was der überzogene Optimismus der Bundesregierung so gern vernebeln will, wird hier wissenschaftlich erhärtet: Der Sozialabbau und die Umverteilung von unten nach oben gefährden ernsthaft die Substanz des Sozialstaats. Und weiter: Die Zeche der weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten mußte in der Bundesrepublik Deutschland fast ausschließlich der sogenannte kleine Mann zahlen.

Die Wissenschaftler haben errechnet, daß durch die letzten Haushaltsoperationen der Sozialabbau und die Umverteilung für den Zeitraum 1982 bis 1985 ein Volumen von mehr als 210 Milliarden DM erreichten. Die Masseneinkommen werden im selben Zeitraum in Folge von Steuer- und Sozialabgabenerhöhungen sowie in Folge gravierender Kürzungen von Sozialleistungen mit rund 176 Milliarden DM belastet. Die katastrophalen Wirkungen dieser Einkommensbelastung auf den volkswirtschaftlichen Kreislauf wurden nach Auffassung der Wissenschaftler nur durch Auflösung von Sparguthaben und vermehrte Kreditfinanzierung abgewehrt. Die Wissenschaftler weisen darauf hin, daß derartige Reaktionen jedoch nur von kurzfristiger Dauer sein können.

Die massive Sozialdemontage wurde durch eine gezielte Umverteilung zugunsten der Gewinne und Vermögen sowie einen Rückzug des Staates aus der sozialpolitischen Verantwortung in Höhe von zusammen 35 Milliarden DM komplettiert. Hinter dem Tarnbegriff "Sparpolitik" verbirgt sich nach Ansicht der Wissenschaftler nichts anderes als eine Politik der Einkommensumverteilung von unten nach oben sowie der Präjudizierung des Sozialabbaus von morgen. Die Folge sei eine immer weiter um sich greifende Privatisierung sozialer Risiken und damit eine Senkung des Lebensstandards von Sozialleistungsempfängern. Mehr und mehr Menschen würden unter die Armutsschwelle sinken.

In ihrer Analyse kommen die Sozialwissenschaftler zu dem Ergebnis, daß die Zwischenbilanz dieser Politik in aller Deutlichkeit zeigt, daß es der derzeitigen "Sanierungs- oder Konsolidierungspolitik" über die finanzielle Umverteilung hinaus um eine grundsätzliche Neuordnung gesellschaftlicher Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland geht. Die Sozialdemontage liefere dem Abbau tariflicher Einkommen die notwendigen Voraussetzungen in Gestalt einer steigenden Differenz zwischen Lohn und Lohnersatz. Sie würden nicht nur einem massiven Legitimationsdruck ausgesetzt, sondern durch direkte Eingriffe in die Tarifautonomie auch begrenzt. Ein gegenseitiges "Dumping" von Sozial- und Erwerbseinkommen sei damit in Gang gesetzt worden.

Daß diese Zwischenbilanz der Kölner Wissenschaftler nicht übertrieben ist, bestätigen zahlreiche andere Meldungen über die Folgen der unsozialen Spargesetze. Erst vor wenigen Tagen veröffentlichte der Familienbund der Deutschen Katholiken Berechnungen, in denen die Einkommenssituation von Arbeitnehmerfamilien mit dem Sozialhilfebedarf verglichen wurde. Ein alleinverdienender Familienvater mit einem durchaus üblichen Bruttogehalt von 2.700 DM monatlich erreicht danach bei zwei Kindern lediglich ein Nettoeinkommen, das um weniger als zwei DM unter dem Sozialhilfeniveau liegt. Bei drei Kindern hat die Familie bereits Anspruch auf einen monatlichen Sozialhilfeszuschuß von 122 DM. Auch der Vergleich der realen Einkommenssituation der Familien zwischen 1977 und 1983 zeigt die inzwischen eingetretenen Verschlechterungen. Insgesamt ist der Lebensstandard der Familien nach den Berechnungen des Katholischen Familienbundes seit 1981 stärker gesunken als bei den Sozialhilfeempfängern, obwohl das reale Leistungsniveau in der Sozialhilfe seitdem um etwa fünf bis sechs Prozent gesenkt worden ist. Dieses sind die Tatsachen, die die vollmundigen Erklärungen der Rechtskoalition zur Familienpolitik wie Seifenblasen zerplatzen lassen.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat die unsozialen Spargesetze bei den Haushaltsberatungen kategorisch abgelehnt. Die Rechtskoalition war in keiner Weise bereit, auf die sozialpolitischen Vorstellungen der Sozialdemokraten einzugehen. Für Sozialdemokraten bleibt eine Reform der sozialen Sicherung angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der absehbaren Entwicklung der Bevölkerungsstruktur unerläßlich. Sozialreform statt Sozialabbau ist die sozialdemokratische Antwort.

(-/17.2.1984/ks/va)

+ + +



### Windelen hat sich nun doch demaskiert

---

Der Minister für innerdeutsche Beziehungen machte seinen "Frieden" mit dem Kalten Krieg

Von Hans BÜchler MdB

Obmann der SPD-Fraktion für innerdeutsche Beziehungen

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen hat letzte Woche in Washington eine überaus bemerkenswerte Rede zur deutschen Frage gehalten. Wem Deutschlandpolitik am Herzen liegt, der wird sich wohl noch eine Weile mit dieser Rede beschäftigen und nicht zur Tagesordnung übergehen. Man wird geteilter Meinung sein, denn Minister Heinrich Windelen sprach am 7. Februar mit einer Deutlichkeit, die seinem Beitrag einen besonderen Stellenwert gibt. Deutlichkeit jedoch, weiß Goethe in seinen "Maximen und Reflexionen", ist eine gehörige Verteilung von Licht und Schatten.

Wer die geschriebene, mehrseitige Rede nur anliest, was ja üblich ist, der trifft auf einen nachdenklichen Windelen, auf viel Licht und geradezu Erleuchtung in seiner Argumentation. Windelen ringt förmlich mit den politischen Größen "Freiheit" und "Einheit" und fühlt "Unbehagen" und gar "Schuld", wenn er und seine politischen Freunde sich auch weiterhin auf Kosten der deutschen Einheit für die Freiheit und damit für die "Sonnenseite des deutschen Nachkriegsschicksals" entscheiden werden. Und wer hätte noch vor Jahresfrist je daran gedacht, daß Windelen auf die Idee käme, sozialdemokratischer Politik der 70er Jahre zuzugestehen, daß sie die Folgen der Teilung für die Menschen spürbar erträglicher machte, und daß diese Politik des Sich-Vertragens und der Verträge zu einem "psychologischen Besitzstand" der Menschen wurde? Er lobt die "fortdauernde breite Kommunikation" zwischen den Deutschen in beiden Staaten und sieht in ihr eine der bedeutenden Klammern für die Existenz einer nationalen Identität. Das ist unausgesprochen ein Kompliment an die Deutschlandpolitik Willy Brandts und Egon Bahrs, wie es ausgesprochen nicht deutlicher sein könnte.

Da kommen dem Minister H. Windelen verständlicherweise wieder die alten Zweifel, und das deutsche Dilemma zwischen der Unversöhnlichkeit von Freiheit und Einheit bricht erneut bei ihm auf. Jedoch, um das Dilemma halbwegs erträglich zu machen gab und gibt es nur eine Lösung: das war die realisierte Konzeption der Vertragspolitik in den 70er Jahren und das ist ihre mit Leben ausgefüllte Fortsetzung in den 80er Jahren. Das weiß auch der innerdeutsche Minister, und mir scheint, daß diese Rede im ersten Teil der Versuch war, in diesem Sinne Boden unter die deutschlandpolitischen Füße der Regierung zu bekommen.

Mitten in der Rede, just an der Stelle, wo er vom "garantierten Finanzkredit westdeutscher Bankern über eine Million (!) Mark" (zitiert nach dem Bulletin der Bundesregierung vom 8. Februar 1984) spricht, beginnt der 2. Teil der Rede und - man muß es so hart sagen - die Demaskierung des Ministers. Aus dem Licht einsichtiger Argumentation und Sachkunde tritt er in den Schlagschatten Straußens und am Ende in die finstere Nacht.

Wir erfahren erstmals offiziell, daß der Milliardenkredit des letzten Sommers auch so zu verstehen ist, daß man von der DDR gegen Geld sogar Hilfe bei der Stationierung von Raketen erhalten könne. Hier desavouiert der Minister öffentlich die Motive



der DDR und unterstellt ihr eine Politik des Augenzwinkerns und der Käuflichkeit, denn ihre Kooperationsbereitschaft und ihr Wille zum friedlichen Zusammenleben resultieren ja eh nur aus ihrer Instabilität und ihren wirtschaftlichen Problemen. "Betrachte ich ... die DDR", resümiert Windelen, "so wäre es für deren innere und wirtschaftlich-finanzielle Lage in der Tat höchst unvernünftig, ja gefährlich, die Verbindungen und die Zusammenarbeit nach Westen abzuschneiden". Dieser Analyse, zumal sie den gesamten Ostblock aus diesen Gründen in einer "Zwangslage" sieht, muß man das Attribut arrogant aufkleben. Außerdem ist sie im Kern falsch.

Mehr noch: Unter diesen Voraussetzungen wird eine Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten zu beiderseitigem Vorteil bald nicht mehr möglich sein. Denn wird die eine Seite auf diese Art bloßgestellt, - berechtigterweise oder nicht - weil ihr nichts anderes übrig bliebe als Zusammenarbeit und wird ihr nachgesagt, sie sei käuflich, wird sie ihren Vorteil an einer Zusammenarbeit bald nicht mehr erkennen können. Welchen Sinn aber macht eine Deutschlandpolitik, die mehr entfremdet als zusammenbringt?

Windelen beschwört die Vergangenheit. Der Artikel 7 des Deutschlandvertrages von 1954 ist sein rechtliches und politisches Credo. In diesem Artikel erklären die Vertragsstaaten, sie würden "bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung ... zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist". Dies bedeutet nichts mehr und nichts weniger als die Wiederbelebung der Anschlußkonzeption, wie sie in den 50er Jahren gang und gäbe war. Es geht also um die Eingemeindung der DDR in das Gebiet der Bundesrepublik und in die EG, eine unter den gegebenen Umständen völlig unrealistische Absicht.

Bilanziert man die Washingtoner Rede des Ministers unpolemisch, kann man sagen: Sie zeigt am Anfang Verständnis und Einsicht. Sie enthüllt sich in der Mitte als ein nur mühsam kaschiertes Dokument des Kalten Krieges und gipfelt in einer Anbiederung sondergleichen an die Ideologie seiner amerikanischen Zuhörer, die das Zentrum des Bösen in dieser Welt in Moskau lokalisiert. "Lassen Sie mich zum Schluß noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen", so Windelen. "Genau gesehen ist die Teilung Europas eine Folgeerscheinung. Die Ursache der Teilung liegt im Vordringen der Sowjetunion bis nach Mitteleuropa, bis zur Elbe, sowie in der Tatsache, daß die Sowjetunion ihr Gesellschafts- und Herrschaftssystem den unterworfenen Ländern auferlegt hat."

Anschließend keine Sätze der Relativierung, nichts, kein Hitler. Der innerdeutsche Minister sieht sich vollends als Sieger und Richter. Ein solcher Minister muß sich fragen, ob er auf dem richtigen Stuhl sitzt. (-/17.2.1984/ks/va)

+ + +



### Die bereinigte Wahrheit

---

Wie die Arbeitslosigkeit behandelt wird

Von Helmut Rohde MdB

Weiß der Himmel, warum Präsident Stingl seine bevorstehende Pensionierung auch noch mit unglaublichen Kommentaren zur deutschen Arbeitslosigkeit bekränzt. Seit Monaten erreichen die Arbeitslosigkeitsziffern Nachkriegsrekorde. Aber die Nürnberger Anstaltsspitze spricht nicht von den wachsenden Zukunftssorgen, sie entdeckt immer neue "Silberstreifen am Horizont". Wendige Anpassung an die Bonner Sprachregelung kann das allein nicht sein. Die Nürnberger Fernsehauftritte ver-raten auch Geist und Verfassung der Anstaltsspitze.

Neuerdings wird die Statistik auf listige Weise "saisonbereinigt" serviert. Den Nürnberger Rechnern scheint höchstens das Wetter noch große Sorgen zu machen. Dabei hatten wir in diesem Jahr einen unerwartet milden Winter. Daß trotzdem Ende Januar die höchste bundesrepublikanische Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten registriert wurde, wäre eigentlich ernsthafter Erklärung, statt biederwännischer Beschwichtigung wert gewesen.

Es ist erstaunlich, wie lautlos die Selbstverwaltungsorgane der Bundesanstalt für Arbeit dieses Gehabe über sich ergehen lassen. Eigentlich sollte Selbstverwaltung nicht bedeuten, daß die Verwaltung alles selbst macht. In Nürnberg stehen große Apparate zur Verfügung, Forschungskapazitäten und beachtliche Mittel. Davon muß mehr und anderes erwartet werden als jene Fernsehspots über die monatlichen Arbeitslosigkeitszahlen, die zu routinehaften Gewohnheitsakten erstarrt sind.

Seit Jahren drängen wir - insbesondere in der sozialdemokratischen Arbeitnehmer-schaft - darauf, dem Parlament in regelmäßigen Abständen einen profunden Arbeitsmarktbericht vorzulegen. Dies wurde meist mit haarsträubenden Begründungen beiseite-geschoben. Zwar beschwören Politik und Wissenschaft heute immer mehr die durch Arbeitslosigkeit ausgelösten Zukunftsprobleme, aber gleichzeitig wird blockiert, "saisonbereinigt", werden "Silberstreifen" geputzt.

Gäbe es in unserem Lande eine nicht so heruntergekommene Diskussion über Arbeits-losigkeit und zukünftige Arbeitsbedingungen, dann wären uns viele Zerrbilder und Abwege erspart geblieben. Erst sah man in der Arbeitslosigkeit nur ein Randgruppen-problem, dem mit "Zumutbarkeitserlaß" zuleibe gerückt werden sollte, dann wurde der Vorwurf "kollektiven Mißbrauchs" daraus, und jetzt erscheint sie als "saison-bereinigter Aufschwung".

In einer mittleren norddeutschen Großstadt gibt es 45 bis 50.000 erwerbslose Männer und Frauen und noch nicht einmal tausend offene Stellen. Da muß doch den Mißbrauchs-Verdächtigern das Wort im Hals stecken bleiben.



Ein Arbeitsmarktbericht für das Parlament ist nach all den öden Erfahrungen fällig geworden. Die Substanz des Parlamentarismus ergibt sich auch aus den Anforderungen, die er stellt.

Zu einem solchen Bericht muß eine korrekte Darstellung der alarmierenden Abnahme der offenen Stellen gehören. Ferner eine Dokumentation über die aufklaffenden Gräben zwischen Nachfrage nach Arbeit und rückläufigen Zahlen von Arbeitsplätzen.

Aufgezeigt werden müssen die Beziehungen zwischen künftigen Technologien und Beschäftigungsbedingungen, ebenfalls die Arbeitsplatzrückgänge in Sektoren mit absinkender Produktivität. Immer mehr Gewicht erhalten auch die sogenannten Dunkelziffern, die Zahl der resignierenden Menschen, die sich nicht mehr melden, in keiner Statistik auftauchen, ohne Hoffnung sind. Gesellschaftspolitisch gravierend wird, wie Jugendarbeitslosigkeit immer mehr zu sozialer Ausgliederung der Jugendlichen wird und die Bruchstellen zwischen Bildung und Arbeit zunehmen. Gleichzeitig ist eine Wiederzunahme der Belastungen älterer Arbeitnehmer zu befürchten.

"Die Hoffnung trägt, ein Konjunkturaufschwung werde das Problem schon lösen", schreibt die "Zeit" und begründet das. Es ist üblich geworden, über die Zukunft der Arbeit heute "Werkstattgespräche" zu veranstalten, meist intellektualisierende Treffen. Was soll man dagegen haben? Wichtiger aber erscheint mir, daß über Ursachen, Verlauf, gesellschaftliche Wirkung und Zukunft der Arbeitslosigkeit ernster berichtet und öffentlich geredet wird. Und vielleicht auch dies: daß aus "Werkstattgesprächen" Gespräche mit den Menschen in der Werkstatt werden.

(-/17.2.1984/ks/va)

+ + +



Darf weiter gerast werden?

Tempolimit könnte dem Wald helfen

Von Liesel Hartenstein MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Das Hearing des Innenausschusses über die Auswirkungen einer Geschwindigkeitsbegrenzung hat eindeutig ergeben:

1. Ein Tempolimit würde zu einer Verminderung des Schadstoffausstoßes führen. Nach Berechnungen der Bundesanstalt für Straßenwesen gingen die gefährlichen Stickoxide um jährlich 160.000 Tonnen zurück, das Institut für Energie und Umwelt in Heidelberg kommt auf 300.000 Tonnen pro Jahr.
2. Die von der Automobilindustrie behauptete erhöhte Emission anderer Schadstoffe bei niedrigeren Geschwindigkeiten tritt nicht zwangsläufig ein; außerdem wurde von den Wissenschaftlern darauf hingewiesen, daß an Kohlenmonoxid kein Baum sterbe; es wandle sich in der Atmosphäre sehr schnell in das ungefährliche Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) um.
3. Eine Tempobegrenzung führt nicht nur zu einer Verringerung der Schadstoffemissionen, sondern auch zu einer Verringerung des Lärms, was besonders innerorts wichtig ist, und zu weniger Unfällen, weil sie das Fahrverhalten positiv beeinflusst.
4. Weiterer Vorteil: Ein Tempolimit erhöht die Leistungsfähigkeit der Straßen, weil bei gleichmäßiger Geschwindigkeit nicht so große Abstände nötig sind.

Die Stickoxide sind eine Leitsubstanz bei der Bildung des hochgefährlichen Ozons, das den Wald ebenso stark bedroht wie das Schwefeldioxid. Sie tragen auch zur Verstärkung des Sauren Regens bei, weil sich durch Verbindung von Stickoxiden und Wasserstoff Salpetersäure bildet.

Wer dem Wald helfen will, muß an vielen Stellen ansetzen, um die Luftverschmutzung zu verringern. Und er muß dies sofort tun. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung könnte zur Sofortreduzierung der Stickoxide führen, deshalb darf sie kein Tabu sein. Immerhin stammen aus dem Kraftfahrzeugverkehr fast 50 Prozent der über drei Millionen Tonnen Stickoxide, die wir Jahr für Jahr in die Luft blasen.



"Der Blutzoll auf den Straßen steigt wieder. - Es wird schneller und rücksichtsloser gefahren", vermeldet der Staatsanzeiger von Baden-Württemberg vom 4. Februar 1984. Muß das denn so bleiben? Kein anderes Land der Welt gestattet den Autofahrern eine so unbegrenzte Raserei wie die Bundesrepublik. Ergebnis: 500.000 Verletzte und 13.000 Tote in einem einzigen Jahr. Hauptursache der Unfälle ist eindeutig die überhöhte Geschwindigkeit, sie rangiert weit vor den durch Alkoholeinfluß verursachten Unfällen.

In Stuttgart haben sich die versammelten Automobilhersteller nach Pressemeldungen "zornig" über neue Abgasvorschriften aus Bonn geäußert. Und dies, obwohl die neuen Abgasvorschriften immer noch nicht da sind. Der Bundesinnenminister läßt sich zu viel Zeit - zum Schaden des deutschen Waldes. Es ist unglaublich: Seit 1974 exportieren unsere Automobilbauer mit Katalysatoren ausgerüstete Wagen nach USA und Japan, bei denen die Schadstoffe zu 90 Prozent gereinigt werden. Und bei uns soll dies nicht möglich sein?

1975 wurde in Japan bleifreies Benzin eingeführt; Ende 1983 gab es dort, nach amtlichen Angaben des japanischen Verkehrsministeriums, noch rund zehn Prozent Autos, die auf bleihaltiges Benzin angewiesen waren, alle anderen sind umgestellt. Und die Automobilwirtschaft ist nicht zusammengebrochen, im Gegenteil. Schlüssel des Erfolgs neben den entsprechenden Vorschriften: Bleihaltiges Benzin ist zehn bis 15 Prozent teurer als bleifreies. Jeder Tag, der ungenutzt verstreicht, trägt bei zum schnelleren Tod unserer Wälder. Wer will das verantworten?

(-/17.2.1984/ks/va)

+ + +

